

So erfolgreich und so gefährdet wie nie

Das erste WEF ohne Klaus Schwab muss zeigen, dass es mehr ist als eine «Trump-Show»

EFLAMM MORDRELLE

Diese Woche steht für einmal die Schweiz im Zentrum der globalen Aufmerksamkeit. Der Höhepunkt: Der US-Präsident Donald Trump wird mit einem Clan von Ministern und Getreuen anreisen. Das Forum ist ein Magnet für die Mächtigen: 64 Regierungschefs und Hunderte CEO von Weltkonzernen sind angemeldet. Doch dieser Jahrgang wird anders. Es wird wieder im Zeichen der «Trump-Show» stehen, und es findet erstmals ohne den WEF-Gründer Klaus Schwab statt.

Dieser hatte das Forum 1971 als multilaterale Plattform des Dialogs zwischen Wirtschaft und Gesellschaft ins Leben gerufen. Über die Jahre etablierte es sich als Weltbühne für die Mächtigen und Einflussreichen der Welt, auch dank Schwabs grosser Mobilisierungskraft. Das diesjährige WEF trägt noch ein Motto in Schwabs Sinn: «A Spirit of Dialogue», im Geiste des Dialogs. Doch angesichts des Ukraine-Kriegs, der US-Militärintervention in Venezuela und der Annexionsdrohungen Trumps gegen Grönland klingt der Slogan unfreiwillig ironisch.

Auch das WEF als Organisation ist in der Krise. Schwab sah sich letztes Jahr mit schweren Vorwürfen konfrontiert. Eine Schlammeschlacht zwischen ihm und der WEF-Spitze folgte. Schwab behauptete sich, und eine Untersuchung entlastete ihn. Doch nach 54 Jahren als Kopf des Forums zog er sich zurück. Er und seine Familie spielen am diesjährigen WEF keine Rolle mehr.

Der 87-jährige Professor versucht dennoch relevant zu bleiben und auf die Deutungshoheit Einfluss zu nehmen. In der Woche vor dem Start des Forums veröffentlichte Schwab ein Buch mit dem Titel «Wahrheit und Vertrauen wiederherstellen». Es ist eine Analyse des technologischen Fortschritts im Dienste der Menschheit. Im Buch warnt Schwab in luftiger Konzernsprache vor einer gefährlichen Erosion: Wahrheit und Vertrauen, die Grundpfeiler der Gesellschaft, seien im heutigen digitalen, stark polarisierten Zeitalter daran zu zerfallen.

Desinformation, institutionelles Versagen, aber auch die Flucht vor Verantwortung würden effektives kollektives Handeln verunmöglichen. Schwab fordert ein neues Führungsverständnis, mit Werten und Integrität im Mittelpunkt, aber auch globale Kooperation und Solidarität, um den Übergang ins «intelligente Zeitalter» zu meistern.

Gründer für viele irrelevant

Man könnte die Ausführungen als implizite Kritik an den Vorgängen beim WEF verstehen. Doch direkte Vorwürfe zu den Hintergründen, die zu seinem Ausscheiden geführt haben, formuliert Schwab keine. Unterschiedliche Wahrheiten, Vertrauensverlust und Führungsversagen sind dennoch wichtige Themen des Buchs, die sich auch auf die Situation beim WEF anwenden liessen. Klar wird auch: Schwabs Anspruch, die Welt verbessern zu wollen («Improving the state of the world»), ist ungebrochen.

Doch sein eigener Abgang markiert das Ende einer Ära und bedroht das Erbe seiner Organisation. Hat eine Plattform, die Dialog unter den globalen Entscheidungsträgern zelebriert, im Zeitalter allgegenwärtiger geopolitischer Konfrontation eine Zukunft?

Laut einem ehemaligen, langjährigen Mitarbeiter des WEF gibt es zwei Perspektiven: eine interne und eine externe. Innerhalb des WEF seien die Angestellten besorgt um die Zukunft des Forums. Doch von aussen betrachtet, sei es immer noch ein grosser Erfolg. Tatsächlich sind mit 3000 Teilnehmenden, unter ihnen 64 Regierungschefs und 850 CEO, so viele «leaders» wie noch nie dabei. Auch wirtschaftlich war das WEF noch nie so erfolgreich: Letztes Jahr nahm es gesamthaft 469 Millionen Franken ein. Jeder wolle dort sein, egal, ob Schwab noch am Ruder sei oder nicht. Den Teilnehmern des Forums sei der Gründervater gleich-



Das US-Hauptquartier wird in der Englischen Kirche von Davos eingerichtet.

ANDREAS BECKER / KEYSTONE



Die Polizei patrouilliert vor dem Kongresszentrum des WEF.

GIAN EHRENZELLER / KEYSTONE

gültig, meint der ehemalige WEF-Mann. Die Krise sei zwar schmerzhaft, doch die Welt drehe sich weiter. Ausserhalb der Schweiz interessiere die interne Nachfolgefrage niemanden.

Thierry Malleret, ehemals Programmdirektor beim WEF und Autor mehrerer Romane über das Forum, sagt: «Dass Schwab nicht da ist, macht keinen grossen Unterschied.» Er sei zwar äusserst effektiv beim Aufbau des Netzwerks gewesen. Doch das könne der amerikanische Finanzmanager Larry Fink, der mit dem Roche-Erben André Hoffmann das neue Übergangs-Führungsduo stellt, auch. Fink habe mindestens genauso viel Erfahrung dabei, wenn nicht mehr, Leute zusammenzubringen.

Die grösste US-Delegation

Ein anderer WEF-Insider erachtet das Führungsduo als gute kurzfristige Lösung. Damit würden die europäischen Teilnehmenden wie auch die Schweizer zufriedengestellt. Gleichzeitig könne mit Fink ein Amerikaner Trump in Davos begrüßen, das sei ein Vorteil.

Spätestens wenn der US-Präsident Schweizer Boden berührt, wird sich alles um ihn drehen. Zum ersten Mal seit sechs Jahren wird Trump wieder physisch in Davos teilnehmen. Er wird die grösste US-Delegation anführen, die das

Zwar sorgt Trump für hohe Aufmerksamkeit, zugleich ist er ein Reputationsrisiko. Mit seinen Aussagen dürfte er viele verärgern.

WEF je gesehen hat, mit fünf Ministern, unter ihnen Marco Rubio, Scott Bessent und Steve Witkoff. Auch Trumps Entourage und Mitglieder seiner Familie, etwa sein Sohn Eric, Chef der Trump-Organisation, und sein Schwiegersohn Jared Kushner, sind angekündigt.

Der US-Präsident selbst wird am Mittwoch erwartet. Er wird dann per Helikopter oder mit dem Panzerauto in die Alpen gebracht. Plane-Spotter freuen sich auf die Air Force One. «Es ist Trumps Davos», sagt Malleret. Der Take-over habe bereits stattgefunden, alle redeten nur über ihn. Seine «Special Address» am Mittwochnachmittag dürfte Wellen schlagen.

Programm beeinflusst?

Für das WEF ist Trump mehr Fluch als Segen. Er sorgt zwar für hohe Aufmerksamkeit, zugleich ist er ein Reputationsrisiko. Mit seinen Aussagen dürfte er viele verärgern. Davos gibt Trump, aber auch seinen Geschäftsinteressen, maximalen Raum. Trump liebt das WEF. Nach 2018 und 2020 wird es bereits sein dritter Auftritt sein. Vor ihm war Bill Clinton der einzige amtierende US-Präsident, der das WEF besucht hat, das war im Jahr 2000.

Trump lässt sich eine Weltbühne nicht entgehen. Die US-Delegation wird ihren

Stützpunkt im USA House, das in einer Kirche eingerichtet ist, haben. Finanziell wird es von Microsoft, McKinsey und der KI-Firma C3 AI getragen. Vertreter der US-Regierung sollen das WEF aufgefordert haben, unerwünschte Themen vom Programm zu streichen oder zu kürzen, um die Teilnahme des US-Präsidenten zu ermöglichen. Das WEF widerspricht dem. Auf Anfrage schreibt ein Sprecher, dass die Themen der Treffen nach ihrer globalen Relevanz ausgewählt werden: «Keine Regierung beeinflusst unsere redaktionelle Unabhängigkeit oder das Programm unserer Treffen.»

Der Vorwurf, das WEF lasse sich bei seinem Programm von seinen Konzernpartnern und Teilnehmenden beeinflussen, ist nicht neu. Dem Vernehmen nach wurden in der Vergangenheit etwa Themen über den Klimawandel auf Wunsch von Partnern aus der Energiewirtschaft zurückgestellt. Ein ehemaliger Mitarbeiter fragt sich, was noch der Zweck des Forums sei, wenn es thematisch von den USA dominiert werde. Ursprünglich war das WEF als neutrale Plattform konzipiert. Dominiere eine Nation, sei das der Tod von Schwabs «Geist von Davos».

Ideale sind ein Feigenblatt

Die neue WEF-Spitze ist sich dessen bewusst: «Die Globalisierung endet nicht, sie entwickelt sich weiter», schreiben Fink und Hoffmann. Und: «Das nächste Kapitel wird sich an der ursprünglichen Mission von Klaus Schwab orientieren: Regierung, Wirtschaft und Zivilgesellschaft zusammenbringen, um die Lage der Welt zu verbessern.» Dafür sei Dialog eine «Notwendigkeit», sagt Börge Brende, seit 2017 Chef des Forums. Wie das Wachstum beleben und künftig miteinander handeln, diese Fragen wolle man in Davos lösen, sagte der ehemalige norwegische Aussenminister an einer Medienkonferenz.

Gemäss Beatrix Morath, Beraterin bei Alix Partners und langjährige Teilnehmerin, werden am WEF «keine Lösungen für die Probleme der Welt gezimmert». Es sei aber der Auftakt für eine Diskussion. Die Probleme seien viel zu komplex und erforderten das Mitwirken zu vieler Stakeholder, um mal schnell in einem Meeting gelöst zu werden. Geopolitik und KI seien absolut dominant. «Woke» Themen wie Nachhaltigkeit oder neue Arbeitsformen haben an Bedeutung verloren.

Für den Autor Thierry Malleret waren die Weltverbesserungsambitionen immer Augenwischerei. Er sagt: «Die Ideale wurden nie wirklich gelebt. Das Forum spiegelte lediglich wider, wie westliche Unternehmen sich den Westen wünschten. Das WEF bot dafür eine Plattform.» Das Problem sei, dass die Ära der westlichen Vorherrschaft und der Globalisierung ihren Höhepunkt überschritten habe. «Der Westen bestimmt nicht mehr die Agenda, das Forum spiegelt nun die politische Realität der Welt wider.» Weltverbesserung ist endgültig passé.

Das WEF hat unter den privaten, transnationalen Konferenzen noch immer die grösste Strahlkraft. Doch es ist nicht mehr die einzige Plattform, wo sich die globale Elite austauschen kann. Die Münchner Sicherheitskonferenz etwa hat sich in der Sicherheitspolitik zu einer attraktiven Alternative entwickelt; aber auch das Future Investment Initiative in Riad, bekannt als «Davos in der Wüste», hat sich etabliert. Ebenso wird das Boao-Forum in China immer populärer.

Die Eintrittsbarrieren, um eine Konferenz aufzuziehen, sind tief, vor allem wenn sie staatlich unterstützt wird. Je fragmentierter die Welt, desto mehr konkurrierende Anlässe gibt es. «Um zu überleben, muss sich das WEF neu erfinden», sagt Malleret. Denn das Vertrauen in die Eliten und ihre Legitimität sei geschwächt. Davos laufe Gefahr, langsam in der Bedeutungslosigkeit zu versinken, weil sich der Einfluss auf konkurrierende Veranstaltungen und regionale Machtzentren verteile.

La Suisse, un îlot de stabilité qui résiste

COMPÉTITIVITÉ Avec la chute de Credit Suisse et la pression sur la pharma, le pays semble perdre de son lustre. Mais ce n'est pas parce que certains pans de l'économie se débattent que la croix blanche n'est plus désirable. L'Helvétie garde quelques atouts sous le coude

STÉPHANE GACHET

«La Suisse perd-elle sa place dans le monde?» Telle est la question, selon le *Financial Times* (FT), qui a sonné le déclin de la Suisse dans un long article fin décembre. La question n'est pas nouvelle, mais le grand brassage du commerce mondial et le Forum de Davos qui se rapproche sont évidemment de bonnes raisons de chercher des réponses – une thématique à retrouver sur scène lors du Forum Horizon du *Temps*, à Lausanne le 29 janvier. Il faudra savoir apprécier la nuance, car si certains pans de l'économie domestique donnent de réels signes de perte d'attractivité, d'autres voix disent combien la petite Helvétie reste séduisante comme un sou neuf. Le président non exécutif d'AstraZeneca, Michel Demaré, par exemple, déclarait début janvier dans *Le Temps*: «La Suisse est une île de stabilité dans un chaos mondial.»

Même s'il concède quelques points positifs, le FT ne l'entend pas tout à fait de cette oreille. Surtout lorsque le président du conseil d'administration d'UBS s'exprime: «Colm Kelleher a déclaré le mois dernier que la Suisse était en train de perdre son lustre et avait atteint un croisement avec des défis majeurs.» Concernant l'industrie bancaire, il est difficile de le contredire. La chute de Credit Suisse a clairement entaillé l'image de stabilité et de sécurité qui accompagne traditionnellement le secteur.

Renforcement des capitaux et de la concurrence

D'autant que le sauvetage orchestré avec UBS n'a pas tout résolu. La crainte d'une délocalisation de la dernière grande banque zurichoise a secoué le pays l'automne dernier. Et les débats politiques en cours sur l'augmentation obligatoire des fonds propres d'UBS maintiennent la pression dans un contexte sensible. La place financière suisse dans son ensemble, longtemps leader mondial incontesté de la gestion de fortune transfrontalière, fait face à une concurrence de plus en plus féroce, de l'Asie ou de Dubaï. Au point qu'elle pourrait bientôt perdre son rang de numéro un. Pourtant, dans le même temps, les actifs gérés en Suisse n'ont jamais été aussi élevés et les capitaux internationaux continuent à affluer vers Genève, Zurich ou Lugano.

La Suisse aurait d'ailleurs du mal à se passer des investisseurs étrangers, qui tiennent toujours un rôle clé dans les grandes entreprises du pays. Comme le dit Michel Demaré, il est «extraordinaire» d'avoir des groupes comme Roche, Novartis, ABB et UBS étant donné la taille du pays, mais «il faut accepter d'en payer le prix» et savoir partager: «La Suisse n'en possède en moyenne que 20 à 30% du capital et malgré tout, on parvient à garder ces entreprises ici.»

Le franc, plus que jamais la valeur refuge par excellence, est une autre démonstration de la force d'attrac-

Ci-contre, le conseiller fédéral Ignazio Cassis en face du commissaire européen au Commerce et à la Sécurité économique, Maros Sefcovic, à l'occasion du Forum économique mondial de l'année passée. (DAVOS, 22 JANVIER 2025/LAURENT GILLIERON/KEYSTONE)



tion de la Suisse. Même si l'appréciation de la monnaie nationale pèse sur les entreprises exportatrices, les effets restent positifs. Notamment en poussant tous les acteurs économiques à s'adapter, via l'innovation et la formation, qui demeurent des points forts reconnus au niveau international.

Michel Demaré, qui a également tenu les finances d'ABB et la présidence du conseil de Syngenta en pleine tempête, voit dans l'évolution du franc l'expression d'une fiabilité que d'autres pays n'ont pas: «Nous sommes un peu victimes de notre propre succès, puisque, à chaque fois qu'il y a un problème dans le monde, le franc prend de la valeur. Il s'agit donc bien d'un signe de stabilité.» A cela s'ajoute le caractère raisonnable de la population, qui se montre attentive au rayonnement de la place économique. Le rejet à plus de 78% de l'initiative socialiste sur la taxation des grands héritages en est un exemple récent.

La pharma, première branche exportatrice de la Suisse, est un autre cas à charge selon le FT. Le secteur est très exposé aux révisions tarifaires imposées par Trump et plus globalement aux renforcements réglementaires «toujours plus désynchronisés de régimes plus libéraux», selon le quotidien londonien. Severin Schwan, président du conseil d'administration de Roche, est cité en exemple: «La Suisse affronte un moment critique et devrait être

très inquiète – voire paranoïaque – de voir la pression globale sur les investissements et la lenteur des décisions politiques menacer sa compétitivité.»

Fiable comme une horloge

L'industrie de précision de l'Arc jurassien, emblème de l'helvétitude, évolue également sous pression. Le secteur est au cœur de l'instabilité des échanges internationaux, dont elle subit les effets négatifs de manière directe et indirecte, entre atonie de l'Allemagne, surtaxes aux Etats-Unis et une reprise qui se fait attendre depuis plus de deux ans. Les risques de délocalisations et faillites sont élevés, selon les organisations faitières.

Les yeux sont tournés vers l'horlogerie, pilier de l'écosystème industriel, à la fois en tant que donneuse d'ordres sur le marché intérieur et ambassadrice dans le monde. Le socle reste solide, malgré la baisse des exportations. Et il n'y a toujours pas de concurrence directe en vue. Même la montre connectée n'a pas réussi à déboulonner l'horlogerie à croix blanche, qui a encore renforcé sa position quasiment hégémonique sur le haut de gamme.

Yves Bugmann, président de la Fédération de l'industrie horlogère suisse (FH), confirme l'idée générale (il n'y a pas de chiffres exacts pour le démontrer) que la montre «Swiss made» représente moins de 5% de la production mondiale, en volume, mais plus de 50% de la valeur glo-

bale du secteur. Yves Bugmann ajoute qu'il existe un autre signe «malheureux» de l'attractivité de la montre suisse: «Elle est la seule à être copiée à grande échelle dans le monde.»

Entre génie fiscal et ingénierie

Un contexte somme toute assez éloigné de l'urgence qui avait mené le parlement à adopter l'arrêté Bonny. Pour mémoire, ce programme d'allègement fiscal avait été lancé en 1978 pour soutenir les régions touchées par la grande crise horlogère. Cette mesure est restée en place pendant une trentaine d'années, quand la concurrence fiscale entre les cantons battait son plein.

L'avocat fiscaliste lausannois Philippe Kenel rappelle que cette dynamique interne à la Suisse s'est largement estompée depuis la fin des années 1990, quand l'Union européenne a édicté un nouveau code de conduite et supprimé certains statuts spéciaux – comme les sociétés auxiliaires, dont seules les activités locales étaient taxées. Ce qui a mené la Suisse à adopter «la solution irlandaise» (consistant à baisser la fiscalité pour tout le monde) et «a rendu la Suisse plus attractive dans son ensemble».

Autre élément positif incontesté: la qualité de la formation. Les deux écoles polytechniques fédérales (EPF) de Zurich et Lausanne en particulier brillent toujours dans les classements internationaux. La

direction de l'EPFL indique figurer «dans le top 10 des institutions européennes et le top 15 des institutions d'ingénierie dans le monde», précisant que cette position est «stable dans le temps».

Ce n'est pas le seul critère: «En termes de production scientifique (volume), l'EPFL est proche de Princeton et Caltech, et proche de l'EPFZ et d'Oxford en termes de citation (qualité de la recherche).» De quoi faire rayonner les campus. L'EPFL a accueilli l'an dernier 55 délégations étrangères (institutions, universités, délégations gouvernementales) «intéressées à visiter et connaître le fonctionnement de l'EPFL».

Plans de carrière pour top managers

De la formation aux carrières, il n'y a qu'un pas. Chez Egon Zehnder à Zurich, cabinet spécialisé dans le recrutement de cadres dirigeants, le déclin de la Suisse n'existe simplement pas. A l'image de «l'île de stabilité» s'ajoute celle de «la qualité de vie». Une sorte de cape d'attractivité, presque aussi magique que celle qui rend Harry Potter invisible. On y retrouve pêle-mêle toutes les images habituelles, de la «sécurité aux écoles internationales», mais aussi «l'ouverture culturelle et la facilité d'intégration», selon la direction d'Egon Zehnder, qui préfère ne pas apparaître nommément.

Un point déterminant pour intéresser le top management inter-

national est la capacité de la Suisse d'offrir des plans de carrière aux partenaires actifs. Cas réel: un directeur financier venant d'Allemagne dont l'épouse juriste a déjà un très bon poste. Selon Egon Zehnder, il est ainsi très rare qu'un candidat refuse de venir en Suisse. On laissera la conclusion du cabinet en anglais pour les lecteurs du FT: «*Small but beautiful!*» ■

Forum Horizon

QUEL CAP POUR LA SUISSE?

Face aux turbulences économiques globales, quelles stratégies pour la Confédération? Etats-Unis, Europe, vaste monde ou isolement: faut-il choisir? Quels sont les défis pour la place financière ou la pharma? L'Etat doit-il être arbitre ou acteur économique? Pour en débattre, rendez-vous au Forum Horizon, un événement organisé par «Le Temps», le 29 janvier à l'IMD à Lausanne.

Renseignements et inscription: <https://events.letemps.ch/horizon>

«La résilience est toujours plus concentrée sur les nations plus petites»

FORTUNE La capacité de résister aux aléas géopolitiques, économiques et climatiques constituerait la clé de la prospérité

C'est une autre manière de traduire «*small is beautiful*»: La Suisse arrive en tête du classement mondial des pays «où vous avez envie d'être si vous en avez le choix». Cette affirmation vient d'une étude du cabinet britannique Henley & Partners, spécialiste en mobilité et citoyenneté pour grands investisseurs,

70 représentations dans le monde, dont Zurich. Au classement des pays les plus résistants aux aléas géopolitiques, économiques et climatiques, c'est en effet la Suisse qui occupe la plus haute place du podium. Le Danemark vient ensuite, suivi de la Norvège, de Singapour et de la Suède. Pour les auteurs, ce top 5 démontre que «la résilience est toujours plus concentrée sur les nations plus petites et hautement adaptatives».

L'étude publiée cet automne se présente comme un guide pour aider les

investisseurs et entrepreneurs à mieux naviguer «dans un monde où les risques se recoupent» et aider les gouvernements à mesurer leur compétitivité. La

Au classement des pays les plus résistants, c'est la Suisse qui occupe la haute place du podium

méthodologie consiste à croiser l'exposition de chaque pays aux différentes menaces, des conflits politiques à la rupture économique, environnementale ou technologique.

Selon les auteurs, la Suisse présente un profil de risques «exceptionnellement bas» et obtient ainsi le rang de premier de la classe mondiale en matière «d'innovation, de gouvernance et de mesures sociales».

L'un des enseignements de l'étude, mis en avant dans le commentaire qui accompagne le classement, établit que «la rési-

lience» d'un Etat est plus important que sa taille ou sa richesse pour «déterminer sa capacité à préserver la prospérité». La meilleure défense contre la volatilité étant la diversification de l'économie couplée à un système politique fiable. Des atouts qualifiés d'«ultimes» dans les choix de résidence des personnes fortunées.

La Suisse n'est pas le seul petit pays à s'illustrer. Le Luxembourg obtient la sixième place, en raison de la «transparence» de ses instances dirigeantes et de son approche «durable». 5. 67

La Suisse prise dans une hausse des taxes?

GUERRE COMMERCIALE Plusieurs pays européens sont sous la menace d'une augmentation des droits de douane américains s'ils continuent à s'opposer à la cession du Groenland aux Etats-Unis. Une menace qui trouve un écho particulier en Suisse

ANOUGH SEYDTAGHIA

Est-ce, déjà, le retour d'une guerre commerciale entre les Etats-Unis et l'Europe? Et ce nouvel affrontement, qui se dessine depuis samedi, pourrait-il toucher de plein fouet la Suisse? Alors que les droits de douane américains pour les produits suisses sont passés de 39 à 15% fin 2025, les risques de nouvelles tensions tarifaires se dessinent déjà. Avec comme toile de fond le Groenland, convoité avec de plus en plus d'insistance par Donald Trump.

Samedi, le président américain a clairement menacé le Danemark, la Norvège, la Suède, la France, l'Allemagne, le Royaume-Uni, les Pays-Bas et la Finlande, qui ont rejeté les velléités américaines. Irrité par leur attitude, Donald Trump a menacé de leur imposer de nouveaux droits de

douane jusqu'à ce qu'un accord soit conclu pour la vente complète et intégrale du Groenland. Cette surtaxe, de 10%, sera effective à partir du 1er février et pourrait s'envoler à 25% au 1er juin.

La Suisse doit-elle craindre d'être elle aussi ciblée par la Maison-Blanche? «Elle n'est pas concernée par ces nouvelles taxes annoncées samedi. Ces nouveaux droits de douane

«Reconnaissons qu'avec le président américain, rien n'est jamais assuré!»

LAURENT WEHRLI, CONSEILLER NATIONAL (PLR/VD) ET MEMBRE DU GROUPE D'AMITIÉ SUISSE-GROENLAND

ciblent exclusivement les pays qui ont décidé de déployer une présence militaire au Groenland en signe de solidarité avec le Danemark, face aux prétentions territoriales de l'administration américaine», estime Daniel Varela, responsable des investissements auprès de la banque Piguët Galland. Selon lui, «une implication de la Suisse, sur le plan politique ou militaire, est improbable. Fidèle à ses principes, la Confédération tentera plutôt d'offrir ses services dans le domaine diplomatique.»

Le danger, «un effet domino»

Joaquín Cascallar, responsable des investissements chez Targa 5 Advisors, est moins optimiste: «A court terme, la Suisse n'est pas une cible prioritaire: les annonces américaines visent d'abord des pays européens

directement impliqués dans le dossier groenlandais. Pour moi, le risque immédiat est limité, mais pas nul. En revanche, le vrai danger est l'effet domino. Si les surtaxes deviennent un instrument politique durable, les économies ouvertes et excédentaires comme la Suisse entrent mécaniquement dans le radar, même sans implication directe. Quand le commerce devient une arme, les dommages collatéraux sont inévitables.»

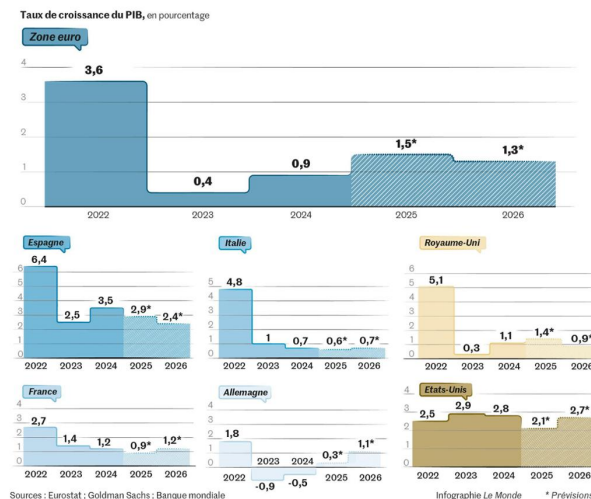
Pour Joaquín Cascallar, la Suisse a intérêt à jouer la carte du sang-froid et de la discrétion: rappeler son rôle de partenaire économique fiable plutôt que d'acteur politique, se coordonner de manière pragmatique avec l'Europe, sans alignement automatique, et enfin identifier les secteurs exposés et anticiper des scénarios sans dramatiser publiquement.

Il y a aussi un volet politique à cette affaire. Il y a quelques jours, des membres du Conseil national ont fondé un groupe d'amitié Suisse-Groenland. Laurent Wehrli (PLR/VD) en fait partie. Contacté ce dimanche, il estime que «visiblement, Donald Trump a décidé de telles surtaxes contre les pays ayant envoyé des militaires au Groenland. La Suisse étant neutre, des soldats suisses n'y seront pas envoyés. Dans un tel cadre, la Suisse ne devrait pas craindre de telles surtaxes. Mais reconnaissons qu'avec le président américain, rien n'est jamais assuré!» Selon le conseiller national vaudois, «la Suisse doit à ce stade clairement rappeler l'importance du respect du droit international et des valeurs démocratiques. L'avenir du Groenland appartient aux populations concernées et pas à un autre président, quel qu'il soit.»

Selon Fabian Molina (PS/ZH), également membre de ce groupe d'amitié, «les menaces de Donald Trump contre l'intégrité territoriale du Danemark violent le principe de non-recours à la force et constituent une atteinte au droit à l'autodétermination du peuple groenlandais. Elles sont illégales, et la communauté internationale doit les rejeter avec la plus grande fermeté.» Le conseiller national ajoute qu'il est «inacceptable que le gouvernement américain annonce désormais des droits de douane à l'encontre de ceux qui respectent le droit international. La Suisse doit se coordonner avec l'Union européenne pour repousser ces attaques contre le multilatéralisme.»

Un optimisme prudent règne pour le moment, dans un dossier où tout peut changer en l'espace de quelques heures. ■

L'économie de l'UE résiste tant bien que mal



Éric Albert

Malgré les tensions commerciales, la croissance de la zone euro devrait se situer autour de 1,5 % en 2025

Jusqu'ici, tout va bien. Ou plutôt, tout résiste mieux que prévu. Malgré les droits de douane historiques imposés par les États-Unis, la hausse des importations chinoises et un blocage politique en France, la croissance économique européenne a tenu. Pour les pays de la zone euro, elle devrait se situer entre 1,4 % et 1,5 % en 2025, selon différentes estimations d'analystes, et rester autour de 1 % en 2026. Bref, une économie « médiocre », mais « résiliente », pour reprendre les termes d'une note d'analyse de Gilles Moëc, chef économiste d'Axa. Curieuse « dissonance », souligne Bruno Cavalier, son alter ego chez Oddo BHF : « *Le monde a rarement paru aussi instable, et, pourtant, le sentiment général est – très – positif à l'entrée en 2026.* »

Il faut toutefois modérer les chiffres de la croissance européenne parce que l'Irlande, qui représente un peu plus de 3 % du produit intérieur brut (PIB) de l'Union européenne (UE), embellit artificiellement les statistiques. Pour des raisons fiscales, de très nombreuses multinationales américaines y enregistrent leurs bénéfices réalisés à l'étranger, reflétant dans les chiffres une activité qui n'est pas réalisée dans le pays. En 2025, l'effet a été gigantesque : selon les calculs de la Banque centrale européenne (BCE), la croissance réelle de la zone euro, corrigée des effets irlandais, a été de 1 % en 2025. Soit quasiment un tiers de croissance en moins que les chiffres présentés par les statistiques officielles.

Par ailleurs, la relative résistance économique européenne se fait à deux vitesses. Le « cœur » de l'UE va toujours assez mal. L'Allemagne a connu une troisième année de stagnation, avec 0,3 % de croissance en 2025, après un recul de son PIB de 0,9 % et de 0,5 % respectivement en 2023 et en 2024. L'Italie ne fait guère mieux (0,6 % en 2025). En revanche, les pays « périphériques » continuent à prendre leur revanche sur la catastrophique décennie 2010. L'Espagne a enregistré une croissance de 2,9 % en 2025, suivie par le Portugal et la Grèce, à 2 %.

Reste que le constat d'un maintien honorable de l'économie européenne demeure : « *L'année 2025 a été plus solide que ne l'attendaient la plupart des économistes* », reconnaît Brian Coulson, chef économiste de l'agence de notation Fitch. C'est vrai notamment en France, avec probablement autour de 0,9 % de croissance, malgré l'absence de budget pour 2026 et le brouhaha parlementaire. « *Il semble que les incertitudes politiques et budgétaires n'aient pas atteint l'économie réelle autant que prévu* », constate Andrew Kenningham, économiste au cabinet d'études Capital Economics.

La première explication vient d'un retour à la normale de l'inflation, désormais à 2 % en zone euro. Le choc de l'envolée des prix qui a suivi la pandémie de Covid-19 est maintenant en partie amorti. Les salaires ont commencé à rattraper le pouvoir d'achat perdu en 2022 et 2023. Rien de spectaculaire : le revenu disponible a augmenté de 1,2 % en 2025 en zone euro, selon la BCE. Les ménages demeurent d'ailleurs extrêmement prudents. Leur taux

d'épargne reste très élevé : 15,1 % en zone euro (et même 19 % en France), trois points de plus qu'avant la crise sanitaire.

Les Européens vont-ils enfin se desserrer la ceinture en 2026 ? Les économistes de Goldman Sachs veulent y croire. « *Nous prévoyons des dépenses de consommation robustes [en 2026], soutenues par une croissance des revenus supérieurs à l'inflation* », écrivent-ils. Pour cette année, ils tablent sur une croissance du revenu disponible des ménages de 1,5 %.

Autre facteur positif pour la conjoncture, la stabilisation de l'inflation a permis à la BCE de baisser ses taux d'intérêt. Après avoir atteint un pic de 4 % en 2023, ceux-ci ont commencé à reculer à partir de juin 2024, pour se stabiliser à 2 % depuis l'été 2025. L'effet n'a pas été spectaculaire, mais cela a permis d'accélérer la croissance des prêts aux entreprises et aux ménages, soutenant l'activité.

Guerre commerciale évitée

Quant au choc des droits de douane américains – une taxe de 15 % imposée aux exportations de l'UE, avec des exemptions importantes (aéronautique, pharmacie...) –, il a été moins violent qu'attendu. La première raison est le refus de l'UE de répliquer. Politiquement, c'était un aveu de faiblesse, mais cela a permis d'éviter une guerre commerciale, dont les retombées auraient été profondes.

Par ailleurs, les droits de douane n'ont vraiment été mis en œuvre qu'en août, et les statistiques du commerce restent difficiles à analyser : les exportations européennes vers les Etats-Unis ont fait un bond de 26 % au premier trimestre 2025, les entreprises américaines faisant des stocks en prévision des taxes, puis se sont effondrées de 21 % au deuxième trimestre – logique contrecoup des stocks de début d'année –, avant de reculer au troisième trimestre de 3,5 %. Est-ce le début d'une reculade de long terme ? Ou d'une stabilisation ? La question reste ouverte. Sur le long terme, les changements pourraient être importants.

« *Le choc n'a pas fini de se faire sentir* », estime Nicola Mai, gérant de portefeuille et analyse de crédit souverain à Pimco, une société de gestion d'investissements. Ainsi, Patrick Martin, le président du Medef, reconnaît que des entreprises françaises ont choisi d'investir aux Etats-Unis, sous la pression du président, Donald Trump : « *Quand vous conjuguez les menaces et droits de douane du côté américain, et l'incertitude en France, les entreprises qui le peuvent se déplacent en partie vers les Etats-Unis.* »

Enfin, pour 2026, il faut ajouter un autre facteur positif, essentiel : l'énorme plan de relance allemand, lancé en 2025 par le chancelier, Friedrich Merz, va se faire sentir, ouvrant une période de quatre années de fort soutien de l'Etat. Selon les calculs de Deutsche Bank, les dépenses supplémentaires pourraient atteindre 850 milliards d'euros d'ici à 2029. L'argent vise avant tout la défense et les infrastructures, et devrait ajouter un demi-point de PIB à l'Allemagne en 2026. De quoi atteindre une croissance de 1,1 % cette année, d'après Goldman Sachs.

Ces bonnes nouvelles doivent être relativisées. « *D'accord, l'année 2025 a été meilleure qu'attendu, mais l'Europe reste face à des défis structurellement immenses* », estime M. Mai, en dressant la longue liste des difficultés du Vieux Continent : l'Europe, qui dépend fortement des exportations, perd des parts de marché face à la Chine ; ses prix de l'énergie demeurent parmi les plus élevés au monde ; sa population est vieillissante ; la plupart des pays, l'Allemagne exceptée, sont trop endettés pour se permettre des plans de relance... « *La croissance potentielle de la zone euro est aujourd'hui autour de 1 %, mais elle va baisser progressivement à 0,5 %* », prédit-il.

M. Kenningham, de Capital Economics, confirme. « *Cela dépend si l'on veut voir le verre à moitié plein ou à moitié vide. Mais avec 1 % de croissance, l'économie européenne demeure apathique, loin des deux zones économiquement dynamiques de la planète, à savoir les Etats-Unis et la Chine.* » Elle a cependant évité la crise en 2025, et c'est déjà ça de pris.

Intégration des Ukrainiens: des objectifs revus à la baisse

Marché du travail pour les permis S Les cantons romands affichent des taux d'emploi des réfugiés insuffisants. Le Conseil fédéral a finalement décidé d'alléger ses objectifs.

Aurélié Toninato

C'était il y a bientôt quatre ans: le 24 février 2022, la Russie envahissait l'Ukraine, provoquant un afflux massif de réfugiés vers l'Europe. Aujourd'hui, quelque 72'000 personnes au bénéfice du statut de protection S vivent en Suisse, dont plus de 44'000 en âge de travailler. Malgré les mesures d'intégration mises en place, un peu plus d'un tiers seulement (environ 36%) exerce une activité professionnelle.

Pour accélérer encore leur intégration, mais également pour réduire les coûts de l'aide sociale, le Conseil fédéral avait fixé la barre plus haut: il ambitionnait qu'un titulaire de permis S sur deux arrivé en 2022 et en âge de travailler devrait être en emploi. Les cantons avaient jusqu'à la fin d'année pour se rapprocher de cet objectif, sous peine de devoir renforcer leurs dispositifs. Or, fin novembre, plusieurs cantons romands affichaient des taux très éloignés de la cible, lorsqu'on considère l'ensemble des titulaires de permis S: 20,5% à Neuchâtel, 25,4% dans le canton de Vaud, 24,9% en Valais, 25,1% dans le Jura, 28,2% à Fribourg et 17,7% à Genève, bon dernier du classement.

Taux de chômage et lourdeur administrative

Pour justifier leurs modestes scores, les Romands invoquent une série d'obstacles structurels, entre marché du travail très compétitif, taux de chômage plus élevés que la moyenne nationale, forte concurrence des travailleurs frontaliers, manque de solutions de garde – la majorité des permis S sont des femmes –, compétences en français insuffisantes. À cela s'ajoutent l'incertitude liée au statut S – prolongé jusqu'en mars 2027 mais toujours précaire aux yeux des employeurs –, ou encore la lourdeur administrative, même si celle-ci a été allégée depuis le 1er décembre, l'accès à l'emploi étant désormais soumis à une simple obligation d'annonce.

Face à ces disparités régionales, le Conseil fédéral a finalement lâché du lest et pondéré ses objectifs, en tenant notamment compte du taux de chômage lo-



Le Canton de Genève a lancé un certain nombre de mesures pour les permis S ukrainiens, dont la mise en place d'un suivi individualisé entre l'Hospice général et l'Office cantonal de l'emploi. Laurent Guiraud

«Il est désormais possible d'envisager une accélération des prises d'emploi, notamment dans les secteurs qui font face à une pénurie de main-d'œuvre.»

Guillaume Renevey

Secrétaire général adjoint chargé de la communication du Département de la cohésion sociale à Genève

cal. Le canton de Vaud bénéficie ainsi d'un objectif abaissé à 33,6%. «Fin novembre, 33,3% des exilés d'Ukraine arrivés en 2022 étaient en emploi, rapporte Frédéric Rouyard, porte-parole du Département de l'économie, de l'innovation et de l'emploi. Nous avons donc atteint l'objectif fixé.»

Il rappelle que le Canton est actif depuis 2022 sur ce dossier et qu'il a restructuré son plan d'intégration l'an passé, entre prestations d'assistance sociale, cours de français renforcés, *job coaching* dédié, mais aussi obligation de travailler ou de se former sous peine de sanctions financières déduites de l'assistance.

À Genève, on n'est pas encore dans les clous. Le taux d'emploi des statuts S présents depuis 2022 plafonne à 23,2%, loin du nouvel objectif de 31,4%, pondéré en fonction d'un taux de chômage supérieur à 5%. Mais le Canton est confiant.

Un processus d'intégration chronophage

«La progression est constante depuis la mise en œuvre d'un plan d'action renforcé il y a un an, souligne Guillaume Renevey, secrétaire général adjoint chargé de la

communication du Département de la cohésion sociale. Le processus d'intégration prend du temps, car il nécessite l'acquisition de la langue, mais il est désormais possible d'envisager une accélération des prises d'emploi, notamment dans les secteurs qui font face à une pénurie de main-d'œuvre (*ndlr: construction, soins, hôtellerie-restauration*).» À noter que près de 90% des réfugiés ukrainiens travaillent à temps partiel.

Pour le Jura, la proportion allégée, qui s'élève à 27,7%, est déjà atteinte – 34% d'emploi –, et Neuchâtel doit parvenir à 32,9% – son taux est actuellement de 27%. L'objectif fixé au Valais reste haut avec 44,8% – il est à 32,7%.

Fribourg, lui, est toujours soumis à l'objectif initial de 50%, mais ne l'a pas atteint (36,2% fin octobre). Le Conseil d'État a présenté récemment un plan d'action visant à intégrer 100 titulaires de permis S supplémentaires d'ici à la fin de l'année. Jusqu'ici volontaire, l'intégration devient désormais obligatoire, avec des sanctions financières prévues en cas de refus – diminution du montant octroyé par l'aide sociale –, à l'instar de ce qui s'applique aux autres bénéficiaires de l'aide sociale.

Doris Kleck

12 Milliarden Franken pro Jahr: So hoch beziffert der Schweizerische Arbeitgeberverband die Kosten, wenn alle derzeit diskutierten sozialpolitischen Ausbauwünsche Realität würden. Ein Teil ist beschlossen, anderes liegt im Parlament. Klar ist: Der Sozialstaat steht vor einer kostspieligen Erweiterung.

— 13. AHV-Rente: Kostenpunkt 4,3 Milliarden Franken pro Jahr. Sie wird zum ersten Mal Ende 2026 ausbezahlt. Finanzierung nicht geregelt.

— Aufhebung Rentenplafond: Die Mitte fordert mit einer Initiative die Aufhebung des Plafonds für AHV-Ehepaarrenten. Kostenpunkt: 3,6 Milliarden Franken pro Jahr. Im Parlament hängig.

— AHV 2030: Mit der Reform will der Bundesrat die Finanzierung der AHV langfristig sichern. Der Bedarf an Zusatzeinnahmen ist abhängig von der Finanzierung der 13. AHV-Rente.

— Familien- und Ausbildungszulagen: Die Zulagen sollen auf mindestens 250 respektive 300 Franken erhöht werden. Kostenpunkt: 360 Mio. Franken pro Jahr. In der Vernehmlassung.

— Kita-Gelder: Eltern erhalten eine Betreuungszulage. Kostenpunkt: 600 Mio. Franken. Vom Parlament beschlossen. Tritt in Kraft, wenn die Kita-Initiative der SP von der Stimmbevölkerung abgelehnt wird.

— Familienzeit-Initiative: Einführung einer Elternzeit von je 18 Wochen für Mutter und Vater. Die Initiative ist im Sammelstadium. Kostenpunkt: Mindestens eine Milliarde Franken pro Jahr.

12 Milliarden Franken sind viel Geld. Im Vergleich dazu: Das Budget des Bundes beläuft sich dieses Jahr auf rund 90 Milliarden Franken. In der politischen Debatte wird häufig vorgeschlagen, diese Mehrausgaben über höhere Sozialbeiträge zu finanzieren. Dabei handelt es sich um jene Lohnabgaben, die Arbeitnehmer und Arbeitgeber je zur



Die neuen Kita-Zuschüsse für Eltern sind nur eines von vielen Ausbauprojekten.
Bild: Keystone

Der Sozialausbau für 12 Milliarden

AHV, Kita-Geld, Kinderzulagen: Eine neue Studie zeigt, was höhere Lohnabgaben für Wirtschaft und Haushalte bedeuten würden.

Hälfte an AHV, IV, EO und ALV zahlen. Würden die 12 Milliarden Franken ausschliesslich so gedeckt, müssten die heutigen Beitragssätze von 12,8 Prozent um 3,7 Prozentpunkte steigen. Das ist natürlich hypothetisch. Doch die Vorstellung hat den Arbeitgeberverband aufgeschreckt. Er hat beim volkswirtschaftlichen Beratungsbüro BSS und dem Lausanner Ökonomeprofessor Marius Brühlhart eine Studie in Auftrag gegeben, um die Folgen von höheren Lohnbeiträgen aufzuzeigen. Die Studie liegt der «Schweiz am Wochenende» vor.

Arbeiten die Menschen mehr oder weniger?

Die Auswertung der internationalen Fachliteratur fällt aus Sicht der Autoren klar aus: Höhere Lohnabgaben schwächen die Standortattraktivität. Sie spielen bei Standortentscheiden von Unternehmen eine grössere Rolle als Gewinnsteuern, weil

sich Lohnabgaben kaum optimieren lassen. Steigen die Arbeitskosten, drohen Verlagerungen ins Ausland und weniger Neuansiedlungen – auch wenn das Ausmass schwer zu beziffern ist. Auch das Wirtschaftswachstum leidet. Höhere Lohnbeiträge verteuern Arbeit gegenüber

Kapital, dämpfen Investitionen und senken über tiefere Nettolöhne den Konsum. Die meisten Befunde beruhen zwar auf Simulationsmodellen – die Richtung ist jedoch eindeutig. Unklarer ist der Effekt auf die Erwerbstätigkeit. Sinkt der Nettolohn, arbeiten einige mehr, um das Einkommen zu

halten. Andere reduzieren ihr Pensum, weil sich Arbeit weniger lohnt. Besonders «lohnsensitive Gruppen» wie verheiratete Frauen oder ältere Erwerbstätige dürften laut Studie weniger arbeiten. Für den Arbeitgeberverband ein Widerspruch: Der Staat will etwa mit Investitionen in die Kinderbetreuung die Beschäftigung von Frauen fördern, gleichzeitig schwächt er mit höheren Lohnabgaben die Erwerbsanreize.

Der Effekt auf das Portemonnaie

Neben den gesamtwirtschaftlichen Effekten analysiert die Studie die direkten Folgen für Haushaltsbudgets. Simuliert wird eine Lohnbeitragerhöhung von einem Prozentpunkt. Das Ergebnis: Die Belastung trifft vor allem erwerbstätige Haushalte mit mittleren und hohen Einkommen im Alter zwischen 35 und 54 Jahren. Für sie resultieren monatliche Mehr-

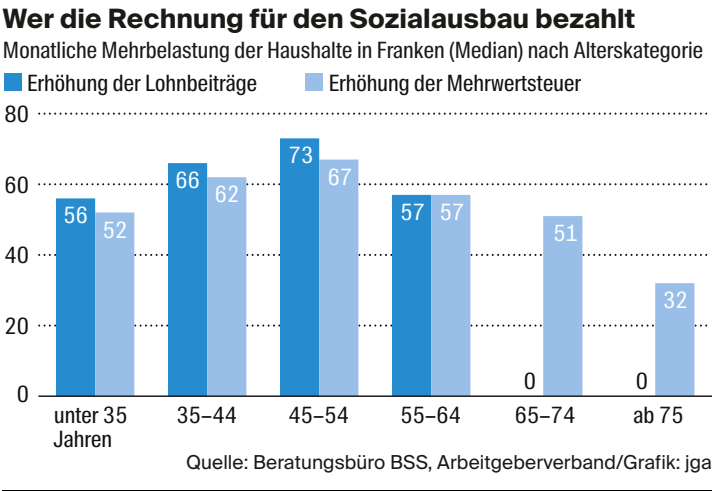
kosten von bis zu 73 Franken – bei einer Erhöhung um 3,7 Prozentpunkte entsprechend deutlich mehr. Relativ gesehen ist die Belastung für junge Haushalte unter 35 Jahren am höchsten. Sprich für junge Familien mit hohen Kinderbetreuungs- und Lebenskosten. Verschont würden hingegen Rentnerhaushalte, da Renten- und Kapitaleinkommen nicht beitragspflichtig sind. Die Finanzierung über Lohnbeiträge konzentriert sich damit stark auf die aktive Erwerbsphase. In den Augen des Arbeitgeberverbandes führt dies zu einer «generationenübergreifenden Schieflage».

Der Vergleich mit der Mehrwertsteuer

Die Studie vergleicht die Lohnbeiträge auch mit einer Erhöhung der Mehrwertsteuer, die zu den gleichen Mehreinnahmen führen würde. Diese verteilt die Last breiter: Alle Haushalte zahlen mit, auch Pensionierte und Vermögende. Relativ zum Einkommen wirkt die Mehrwertsteuer zwar leicht regressiv, gemessen an den Konsumausgaben aber weitgehend proportional.

Der Vorteil der Mehrwertsteuer liegt aus ökonomischer Sicht darin, dass sie den Arbeitsmarkt weniger verzerrt. Der Nachteil: Haushalte mit tiefen Einkommen werden spürbarer belastet – insbesondere, wenn auch der reduzierte Steuersatz etwa für Lebensmittel steigt. Die Studie kommt zu einem pikanten Zeitpunkt: Im Parlament ist die Debatte, wie die 13. AHV-Rente finanziert werden soll, im vollen Gange. Der Nationalrat will die Mehrwertsteuer erhöhen, der Ständerat votiert für einen Mix aus höheren Sozialabgaben und Mehrwertsteuer.

Der Arbeitgeberverband hat nun einen Pflock eingeschlagen. Für ihn sind die Ergebnisse der Studie klar: «Höhere Lohnabgaben schwächen den Standort, belasten die junge Generation und verschärfen den Fachkräftemangel.» Es brauche nun eine strikte Ausgabendisziplin, strukturelle Reformen etwa bei der AHV und den Verzicht auf zusätzliche Lohnabgaben.



«La pauvreté menace le modèle suisse»

REVENUS Alors que la précarité ne recule pas dans notre pays, Peter Lack, directeur de Caritas Suisse, revient sur les pressions qui pèsent sur les ménages et les façons d’y remédier

PROPOS RECUEILLIS PAR JULIE EIGENMANN

La pauvreté représente une forme de tabou particulier en Suisse et peut sembler moins visible que chez nos voisins. Et pourtant: Caritas, à l’occasion des 125 ans de sa branche suisse, tire la sonnette d’alarme sur l’évolution de cette précarité. En fin d’année, en effet, on apprenait dans un premier monitoring national que le taux de pauvreté en termes de revenu restait stable à environ 8% depuis 2017. Le Conseil fédéral s’était engagé à le réduire, mais n’y est pas parvenu.

Au-delà de cette statistique, Peter Lack, directeur de Caritas Suisse, revient pour *Le Temps* sur ses observations de terrain, alors que l’association accompagne de nouveaux profils touchés et à risque en raison de l’augmentation du coût de la vie. Et sur les mesures qu’il estime nécessaires pour inverser la tendance.

Le taux de pauvreté en termes de revenu est d’environ 8% depuis 2017. Vous soulignez pour votre part que 16% de la population vit sous le seuil de pauvreté ou juste au-dessus. Pourquoi cette précision est-elle importante selon vous? Ces deux chiffres proviennent de l’Office fédéral de la statistique. Les 8% concernent les personnes qui vivent en dessous du seuil de pauvreté selon une définition très stricte et normative, propre à la Suisse. La valeur moyenne du seuil de pauvreté en Suisse, en 2023, se situait à 2315 francs par mois pour une personne seule et à 4051 francs pour deux adultes et deux enfants. Ces montants doivent couvrir les dépenses quotidiennes et les frais de logement.

Mais les 16% correspondent au taux de personnes touchées ou menacées par la pauvreté: il s’agit donc d’un risque réel, pas seulement potentiel, avec une définition comparable à l’échelle européenne. Et chez Caritas, nous recevons chaque jour ces profils, aussi, qui n’ont pas droit à l’aide sociale parce qu’ils disposent de quelques francs de plus que le seuil défini, mais qui n’arrivent néanmoins pas à joindre les deux bouts. On doit donc être conscients du fait que la première définition nous amène à sous-estimer fortement le problème de la pauvreté en Suisse et que cela ne reflète pas la réalité.

Vous mettiez en garde début janvier: en 2026, la charge pesant sur les ménages les plus pauvres en Suisse continuera d’augmenter. Pourquoi et comment? La relation entre revenus et dépenses est très différente entre les personnes qui appartiennent aux 20% de revenus les plus bas par rapport au ménage moyen: les ménages pauvres consacrent la quasi-totalité de leur revenu brut aux frais fixes et aux besoins de base. Dans un ménage se situant dans la moyenne, cette proportion est nettement plus faible, à peine plus de la moitié.

Le logement est le poste budgétaire le plus important des ménages à bas revenus. Selon l’enquête sur le budget des ménages de la Confédération, ils doivent y consacrer en moyenne près d’un tiers de leur revenu brut. Ensuite vient la santé: les primes d’assurance maladie, les frais médicaux et les médicaments absorbent en moyenne 20% du budget, selon les chiffres pour 2020-2021. Et à titre de comparaison, les ménages pauvres doivent consacrer 13% de leur budget à l’alimentation, contre 7% pour le ménage moyen. Le renchérissement touche donc beaucoup plus les personnes aux bas revenus.

De nouvelles dépenses pèsent également dans les budgets, comme les smartphones. Oui, mais les technologies numériques sont une condition

INTERVIEW

PROFIL

1968

Naissance.

1989-1995

Etudes de philosophie, de théologie et de psychologie pastorale à Lucerne, Berkeley (Etats-Unis) et Fribourg.

1991-1993

Formation d’aumônier au San Francisco General Hospital.

1995-2002

Activité d’aumônier pour les malades du sida et les hospices en Suisse.

2003-2004

Etudes postgrades en gestion des organisations à but non lucratif à l’Université de Fribourg.

Depuis 2002

Gestionnaire d’organisations à but non lucratif et d’associations.

Depuis 2022

Directeur de Caritas Suisse.

sine qua non pour s’intégrer dans notre société. Comment postuler à un emploi si vous n’avez pas indiqué un numéro de téléphone portable où l’on peut vous joindre? Comment trouver un logement si vous ne pouvez pas remplir un formulaire de candidature en ligne?

Il existe aujourd’hui une fracture numérique. C’est la raison pour laquelle Caritas propose des formations à l’utilisation de ces technologies et que certaines antennes régionales de Caritas donnent accès à des ordinateurs à prix réduits. Cette dimension fait aussi partie du combat contre la pauvreté.

A-t-on aussi une autre perception de ce qu’est la précarité en raison des réseaux sociaux, avec la possibilité de se comparer? Oui. Mais en même temps, ils permettent aussi d’accéder à des conseils et de créer des réseaux de solidarité.

Les profils concernés par la pauvreté ont-ils évolué ces dernières années?

Oui. Les dépenses concernant les prestations sociales pour les familles et les enfants sont très modestes dans notre pays. Elles ne représentaient en 2022 que 1,5% du produit intérieur brut. En Allemagne, c’est 3,5% et 2,3% dans l’Union européenne. Les familles sont donc vraiment menacées, avec des infrastructures, comme les crèches, qui restent très chères. On voit lors de nos consultations sociales beaucoup de femmes qui ne peuvent pas travailler au taux qu’elles souhaiteraient parce qu’elles s’occupent encore souvent des enfants et qu’il faudrait pouvoir les mettre à la crèche, mais la famille ne peut pas se le permettre.

Depuis la pandémie, en 2020, nous recevons aussi des profils de personnes qui ne venaient pas avant: des travailleurs actifs dans des professions à bas revenus, ou qui dépendent

de contrats précaires ou encore qui sont indépendants. Je pense que le covid a vraiment mis en lumière la vulnérabilité économique de la Suisse. C’est pour cette raison que nous nous positionnons en faveur du salaire minimum, même s’il reste encore trop bas pour une famille avec trois enfants, par exemple. Il faut encore d’autres formes de prestations complémentaires pour ces familles qui se trouvent juste au-dessus du seuil de pauvreté.

«Avoir un travail ne protège pas à 100% de la pauvreté: 36 000 personnes actives occupées en Suisse étaient exposées au risque de pauvreté en 2023»

Environ 4% des personnes actives occupées en Suisse sont concernées par la pauvreté. Contre 15% des personnes sans activité professionnelle. Autrement dit, le travail représente un moyen d’échapper à cette condition, mais il ne suffit pas toujours. Comment évaluez-vous la situation des travailleurs pauvres en Suisse? L’opportunité d’avoir un travail ne protège pas à 100% de la pauvreté: 336 000 personnes actives occupées en Suisse étaient exposées au risque de pauvreté en 2023. Cela signifie aussi que des enfants grandissent en vivant cette expérience marquante: leurs parents n’arrivent pas à s’en sortir, bien qu’ils travaillent. Et ces enfants

se voient privés d’opportunités de développement importantes.

Pour 2025, les partenaires sociaux ont convenu d’une augmentation moyenne de 1,2% des salaires effectifs. Les salaires réels, qui tiennent compte des prévisions de renchérissement, devraient progresser de 1%. Est-ce une bonne ou une mauvaise nouvelle? En termes réels, les salaires ont baissé entre 2021 et 2023. Et il s’agit de moyennes calculées sur l’ensemble des salaires. Derrière ces chiffres se cachent des évolutions inégales. Il y a une inégalité des revenus, mais aussi des fortunes.

Est-ce aussi l’un de vos chevaux de bataille? Oui, la Suisse figure parmi les pays les plus inégalitaires en matière de fortune: le groupe de 1% les plus riches détient 42% de la fortune nationale, contre 30% aux Etats-Unis, par exemple. Cette inégalité est le résultat de décisions politiques: ces 50 dernières années, l’imposition sur la fortune a diminué et l’impôt sur les successions a aussi perdu du terrain. On entend souvent en Suisse qu’il existe un ruissellement vers le bas grâce aux super-riches, mais on voit que ça ne fonctionne pas.

Nous devons donc considérer la pauvreté et les inégalités comme un tout, et nous allons le thématiser davantage de cette manière dans le futur. Nous avons donc besoin d’une redistribution plus forte grâce à une fiscalité progressive. Dans le même temps, cela sert aussi et tout d’abord à garantir les besoins fondamentaux pour tous, par exemple des logements et des soins abordables ainsi qu’une éducation de qualité.

Mais nombreux sont ceux qui craignent que les très riches ne quittent la Suisse, et l’introduction d’un impôt sur les successions des grandes fortunes a été largement refusée en votation. Que

répondez-vous à ces inquiétudes? Il faut voir comment trouver un équilibre. Je pense qu’on a de la marge pour améliorer la situation des personnes précaires, sans pour autant voir partir les super-riches. Le risque est aussi de perdre beaucoup à l’intérieur du pays en matière de cohésion sociale et de développement économique, avec des personnes qui n’ont pas d’opportunités de formation quand elles viennent d’une famille pauvre. Pour nous qui sommes du côté des personnes en situation de précarité, ce n’est pas une solution de se dire qu’on va les sacrifier dans l’idée d’éviter le départ de super-riches ou d’entreprises.

Quelles sont les mesures que vous préconisez aujourd’hui pour diminuer la précarité? Les priorités sont les loyers et les caisses maladie. Il faut notamment améliorer les subventions que les bas revenus reçoivent pour les primes. A moyen terme, nous misons sur les salaires minimums et davantage d’aides pour les familles dans le besoin. Et à plus long terme, il faut revoir les taxations pour réduire les inégalités, qui ne sont pas acceptables d’un point de vue moral, éthique et social. En plus, cette pauvreté, qui concerne environ 15% de la population, met en danger le modèle à succès suisse.

Mais au niveau politique, il n’existe pas vraiment de lobby pour la pauvreté, et les personnes concernées n’ont souvent pas la possibilité de se mobiliser. L’objectif d’une stratégie nationale de lutte contre la pauvreté constitue une bonne base pour améliorer et renforcer l’efficacité à l’avenir, mais j’attends également des différents niveaux de l’Etat, en particulier des cantons et des communes, qu’ils apportent leur contribution, car ils sont particulièrement concernés par la question de la pauvreté. ■



«Les ménages pauvres consacrent la quasi-totalité de leur revenu brut aux frais fixes et aux besoins de base», dit Peter Lack, à la tête de Caritas Suisse. (BÂLE, 15 JANVIER 2026/LUCIA HUNZIKER POUR LE TEMPS)



L'EPFL aurait un rôle central dans le fonds destiné au développement des start-up. Chantal Dervey

Plus de 100 élus fédéraux s’allient pour développer les start-up

Innovation C’est une offensive d’une rare intensité qui est lancée au Conseil national. Au cœur du projet: un fonds géré par les Écoles polytechniques fédérales.

Florent Quiquerez

On est entre la démonstration de force politique et la déclaration d’amour à l’innovation: 105 conseillers nationaux se sont unis derrière une proposition visant à encourager le développement des start-up, en renforçant le rôle des écoles polytechniques fédérales (EPF). Le texte, majoritaire, passera donc l’écueil de la Chambre basse.

À l’origine de ce tour de force, Estelle Revaz (PS/GE), auteure de la motion. D’où lui est venue l’idée? «Cela remonte à la crise des droits de douane. Je me suis rendu compte que nous étions dépendants des États-Unis pour des technologies que nous avions pourtant nous-mêmes créées avant de les revendre à bas coût.»

Cette réalité est connue dans le milieu des start-up. «En Suisse, on est très fort au niveau de la formation et de la recherche, raconte Estelle Revaz. Ce qui permet à de nombreuses start-up de voir le jour. Mais il manque ensuite les capitaux nécessaires pour leur permettre de se développer en *scale-up* (ndlr: une start-up dont le modèle économique a été validé et qui entre dans une phase de croissance) et ainsi de transformer leurs trouvailles en réussites économiques.»

Un serpent de mer

Au parlement, ce défi a été mis plusieurs fois sur la table. Sans qu’aucune solution n’aboutisse. «On sait que toutes les start-up ne deviendront pas des *scale-up* à succès, rappelle la Genevoise. Quand les États-Unis misent sur l’opportunité, en Suisse nous voyons trop souvent les risques. Et rien n’est fait au niveau fédéral pour inverser cette tendance.»

Au final, les start-up cherchent à l’étranger le soutien qu’elles ne trouvent pas ici. «L’innovation est notre première richesse. Quand nos réussites technologiques s’échappent,

c’est une perte sèche pour la Suisse tant sur le plan économique, fiscal que de l’emploi», regrette Estelle Revaz.

Un fonds déjà rejeté

Quelle est cette solution qui convainc de gauche à droite? Elle se décline en trois points. D’abord, inscrire dans les objectifs des EPF la mission d’accompagner les start-up dans leur passage à l’échelle supérieure, afin d’encourager leur développement et leur maintien en Suisse. Pour ce faire – c’est le second point – les EPF auraient la possibilité de créer un fonds.

Les Écoles polytechniques fédérales voient-elles d’un bon œil ce projet? L’EPFL répond avec prudence. «Nous saluons la volonté de soutenir le *scaling-up* des start-up et le renforcement de l’innovation, répond Corinne Feuz, porte-parole. Les EPF auraient l’expertise pour identifier les domaines qui ont le potentiel de devenir des technologies importantes et reconnaître les start-up prometteuses.»

L’EPFL précise: «Pour nous, il serait essentiel que ce projet soit conçu de manière à ne pas détourner de ressources des missions fondamentales des EPF. Si l’idée est de démarrer avec un fonds de taille modeste, puis de le faire croître progressivement et à long terme de créer un fonds autonome, capable de se développer grâce à la richesse qu’il génère lui-même, ce serait une option à examiner.»

Entre les lignes, on sent que l’argent est le nerf de la guerre. En 2023, la sénatrice Johanna Gapany (PLR/FR) avait déjà proposé la création d’un fonds à l’innovation. Un projet que les services de Guy Parmelin avaient rejeté. «Le Conseil fédéral reconnaît la contribution que pourrait

apporter un fonds d’innovation pour renforcer l’écosystème des start-up en Suisse. Cependant, compte tenu des améliorations ponctuelles apportées jusqu’ici aux conditions-cadres et des perspectives financières difficiles de la Confédération, le Conseil fédéral est d’avis qu’il n’a actuellement pas la marge de manœuvre budgétaire nécessaire.»

Alors que l’heure est aux économies, la motion Revaz arrive-t-elle au pire moment? «L’objectif est de trouver une solution financièrement neutre, rétorque la Genevoise. La part publique viendra de la subvention usuelle des EPF. Mais il faut être clair: ce qui pourra ainsi être dégagé ne suffira pas. Un apport privé, de nature philanthropique, sera nécessaire pour lancer le fonds.»

Un soutien ponctuel

Ce soutien resterait ponctuel. Le mécanisme prévoit – dernier point de la motion – que «les bénéfices générés soient réinvestis dans le fonds, afin que celui-ci puisse rapidement devenir autonome». Estelle Revaz ajoute qu’au-delà de l’argument financier, il

«Nous dépendons des États-Unis pour des technologies que nous avons nous-mêmes créées avant de les revendre à bas coût.»

Estelle Revaz
Conseillère nationale (PS/GE)

s’agit aussi de confiance. «Les start-up soutenues gagneront en crédibilité. Ce qui les aidera à trouver des investissements privés complémentaires.»

Encore faut-il que la motion convainque le Conseil des États. Réaliste? «Je ne suis pas M^{me} Soleil, répond-elle. Mais les sénateurs savent que ce problème existe et qu’aucune solution n’a jusqu’ici abouti. Quand je vois que ma motion est soutenue tant par des élus très libéraux que des syndicalistes, c’est qu’elle est capable de séduire un large spectre.»

Une bonne solution?

Johanna Gapany, elle, est plus réservée sur l’accueil de ses collègues. «Je salue cette proposition. Son large soutien montre qu’il y a une prise de conscience du problème. Et vu la situation et le nombre d’innovations qui nous échappent par manque de financement, chaque engagement compte.» Cela étant dit, elle n’est pas convaincue que cette solution soit la bonne. «Au sein de notre commission de la science, de l’éducation et de la culture (CSEC), nous avons mené des auditions pour voir ce qu’il manque pour permettre le financement des *scale-up*, maintenir les places de travail ici et garder la main sur des innovations initialement suisses. À mon avis, la solution repose sur un fonds public-privé, dont la gestion devrait être indépendante de l’État. Pour qu’il soit efficace et concurrentiel, on parle de milliards. Je ne pense pas que ce soit la mission des EPF de gérer ce genre de fonds. Par contre, elles auront une implication et leur collaboration est nécessaire.»

Selon elle, la prochaine étape sera le rapport que la CSEC a commandé au Conseil fédéral. «Nous attendons une analyse avec une comparaison internationale et la présentation des freins actuels, précise Johanna Gapany. Cela nous permettra de proposer un plan avec l’organisation d’un fonds, et les conditions encourageant les investissements dans ce domaine.»

Ständeräte bremsen das EU-Asylpaket aus

Der Bundesrat solle zuerst innenpolitisch aufräumen, bevor er Brüssel in der Flüchtlingsfrage entgegenkomme, fordern Aussenpolitiker

ANDREA FOPP, BERN

Dieses Jahr tritt die Reform des Gemeinsamen Europäischen Asylsystems in Kraft. Diese soll das dysfunktionale Schengen-Dublin-System retten, von dem auch die Schweiz Teil ist. Oberstes Ziel ist es, die irreguläre Migration einzudämmen. Das Parlament hat den relevanten Änderungen im September zugestimmt. Das gilt auch für einen umstrittenen Punkt, der für die Schweiz freiwillig ist: den Solidaritätsmechanismus. Damit sollen Länder mit hoher Migrationsbelastung wie Italien oder Griechenland unterstützt werden. Entweder durch die Aufnahme von Asylsuchenden, durch finanzielle Beiträge oder durch das Entsenden von Fachpersonal.

Nun möchte Asylminister Beat Jans (SP) Verhandlungen mit der EU über die technischen Modalitäten aufnehmen. Diese Woche hat er die Aussenpolitiker des Ständerats konsultiert. Doch diese stehen beim Verhandlungsmandat auf die Bremse, wie sich der Medienmitteilung der Aussenpolitischen Kommission (APK) entnehmen lässt.

Die Ständeräte fordern den Bundesrat auf, bei den Verhandlungen höchstens Sach- und Geldleistungen ins Spiel zu bringen, aber keine Flüchtlinge aufzunehmen – Gemeinden und Kantone sind ohnehin überlastet. Dieser Antrag wurde mit 7 zu 1 Stimmen bei 5 Enthaltungen angenommen. Noch lieber wäre der Mehrheit der Kommission, der Bundesrat würde die Verhandlungen ganz sistieren, «bis die Bilateralen III und die innenpolitischen Baustellen im Asylbereich beraten und Beschlüsse in dieser

Sache gefasst sind», heisst es in der Mitteilung. Auch dieser Antrag wurde mit 8 zu 5 Stimmen angenommen.

Streit um Kohäsionsmilliarden

Frühestens im Herbst wird der Ständerat die Verhandlungen über das EU-Paket aufnehmen. Dabei wird es auch um den Kohäsionsbeitrag gehen. Es handelt sich um die Unterstützung, welche die Schweiz an wirtschaftlich schwächere EU-Staaten leistet – als Gegenleistung dafür, dass sie Zugang zum Binnenmarkt hat.

Der Kohäsionsbeitrag ist umstritten, nicht zuletzt, weil er in Zukunft deutlich höher ausfallen soll. Bislang überwies die Schweiz im Schnitt freiwillig jährlich etwa 130 Millionen Franken an einzelne EU-Staaten. Gemäss den neuen Verträgen soll die Schweiz verpflichtet werden, in Zukunft bis zu 350 Millionen Franken jährlich zu zahlen.

Mit Blick auf diese Erhöhung hat das Parlament im Herbst beschlossen, dass die Schweiz allfällige Zahlungen im Rahmen des Solidaritätsmechanismus aus den Kohäsionstöpfen finanzieren können muss, statt weitere Zahlungen an EU-Länder zu leisten. Es ergibt daher aus Sicht der Mehrheit der ständerätlichen APK keinen Sinn, über den Solidaritätsmechanismus zu verhandeln, bevor Parlament und Volk sich zu den neuen Verträgen mit der EU – inklusive Kohäsionsmilliarden – geäussert haben.

Die Minderheit der Kommission hielt vergeblich dagegen. Die Solothurner SP-Ständerätin Franziska Roth etwa fürchtet, dass die Schweiz bei einer Sis-

terierung nicht als «konstruktiver Partner» wahrgenommen werde, obwohl sie vom Schengen-Dublin-System profitiere. Ausserdem schwäche die Schweiz ihre Verhandlungsposition beim Solidaritätsmechanismus, wenn sie bei den Verhandlungen abseits stehe, während die anderen assoziierten Staaten Norwegen, Island und Lichtenstein dabei seien.

Ohnehin würden bei den Verhandlungen keine verbindlichen Massnahmen festgelegt, sagt Roth. Schliesslich müsse der Bundesrat zuerst eine Umsetzungsvorlage ausarbeiten und dem Parlament vorlegen, bevor er den Solidaritätsmechanismus in Kraft setze. Zudem hat Jans dem Parlament garantiert, dass die Schweiz jedes Jahr aufs Neue entscheiden dürfe, ob sie sich beteilige.

Asylpolitische Baustellen

Die Mehrheit der Kommission will aber offensichtlich auch weiteren Druck auf Beat Jans in innenpolitischen Belangen ausüben. Dabei geht es um die Kosten, welche Asylsuchende innerhalb der Schweiz generieren. Ende November verzeichnete das Staatssekretariat für Migration über 20 000 Pendenzen (inklusive Schutzstatus S). Für jede wartende Person zahlt der Bund den Kantonen 1500 Franken, egal, ob sie Anrecht auf Asyl hat oder nicht.

Bürgerliche Politiker kritisieren diesen Zustand schon lange. Bereits im November 2024 hatte der Ständerat – auf Anstoss des St. Galler Vertreters Benedikt Würth – eine Motion der Finanzkommission überwiesen, die den Bundesrat verpflichtet, dem Parlament

rasch konkrete Massnahmen für schnellere Asylverfahren vorzulegen. Das Ziel: Pendenzen abbauen, ohne zusätzliches Personal anzustellen. Damit sollen sowohl die überlasteten Gemeinden und Kantone als auch die Bundesfinanzen entlastet werden.

Im September 2025 wurde Würth ungeduldig, weil er keine Resultate sah. Er reichte daher eine Art Durchsetzungsmotion ein, die den Bundesrat verpflichten will, das Paket prioritär umzusetzen.

Bundesrat Beat Jans gibt zu, dass die Verfahren zu lange dauern. Das Ziel sind 90 Tage. Doch 2024 beanspruchte ein Verfahren im Schnitt 434 Tage, wie eine Ecoplan-Studie im Auftrag des Bundes ergab. Das sei für alle Beteiligten eine Belastung, sagte Jans im November.

Er trat damals vor die Medien, um die Asylstrategie 2027 von Bund, Kantonen und Gemeinden vorzustellen. Man müsse die Verfahren beschleunigen, einen konsequenten Umgang mit strafälligen Asylsuchenden finden und die irreguläre Migration eindämmen, sagte Jans. Gemäss Ecoplan-Studie sei fast jedes dritte Asylgesuch unbegründet.

Die Präsentation hat Benedikt Würth nicht zufriedengestellt. Es handle sich bis jetzt um eine Problemanalyse und erste Lösungsvorschläge. Konkrete Massnahmen und ein Zeitplan für eine Gesetzesvorlage liegen eineinhalb Jahre nach der ersten Beschleunigungsmotion immer noch nicht vor. Bis es so weit ist, wollen Benedikt Würth und seine Mitstreiter in der APK verhindern, dass die Schweiz weitere Aufgaben im Asylbereich übernimmt. Zuerst müsse man die innenpolitischen Baustellen und die

relevanten Punkte des Europapakets klären, kritisiert Würth: «Alles andere ergibt schlicht keinen Sinn.» Zumal der Solidaritätsmechanismus ohnehin nicht vor 2029 greifen würde.

Als Nächstes wird die Aussenpolitische Kommission des Nationalrats konsultiert. Was Jans aus den Empfehlungen macht, ist seiner politischen Analyse überlassen. Juristisch ist er nicht verpflichtet, den Kommissionen zu folgen.

La gauche veut créer un fonds pour lutter contre le réchauffement et protéger la biodiversité

Des milliards pour le climat



LUIGI JORIO, SWISSINFO

Votations fédérales ► Une initiative populaire de la gauche demande la création d'un fonds fédéral pour accélérer le développement des énergies renouvelables et protéger la biodiversité en Suisse. Les opposants estiment que le pays en fait déjà assez pour le climat et craignent une augmentation excessive des dépenses publiques. La population suisse tranchera le 8 mars.

1 Que demande le texte?

L'initiative pour un fonds climat demande que la Suisse investisse chaque année entre 0,5 et 1% de son produit intérieur brut dans la transformation écologique du pays. Le montant annuel – compris entre 3,9 et 7,7 milliards de francs – servirait à financer des mesures de protection du climat et de la nature.

2 Qui est à l'origine du projet?

Le Parti socialiste (PS) et les Verts ont lancé l'initiative en septembre 2022. Cette année-là a été la plus chaude jamais enregistrée en Suisse depuis le début des mesures en 1864; elle a été marquée par trois vagues de chaleur et par des périodes de sécheresse persistantes. Pour les initiateurs et initiatrices, ce texte se justifie, car la protection du climat et de la biodiversité n'est pas du ressort des individus. Selon eux, d'importants investissements publics sont nécessaires pour promouvoir les énergies renouvelables et produire autant d'énergie que possible en Suisse.

3 Quels sont les arguments pour?

Le nouveau fonds alimenterait la Confédération accélérerait le développement des énergies renouvelables, par exemple grâce à l'installation de davantage de panneaux solaires, et favoriserait



Grèves du climat, mobilisation des aînés: la protection de la planète a suscité de nombreuses initiatives de la société civile ces dernières années. Cela se concrétisera-t-il dans les urnes? ALDO ELLENA

la protection de la biodiversité des espèces animales et végétales, selon le comité d'initiative. Le fonds doit notam-

Le fonds climat permettrait également de créer des emplois durables

ment servir à rénover les bâtiments sur le plan énergétique et à renforcer les transports publics. Pour la gauche et les milieux écologistes, ne rien faire coûterait de loin plus cher que d'intervenir au travers des investissements de plusieurs milliards demandés. Pour chaque franc investi aujourd'hui dans des mesures

de protection du climat, quatre à cinq francs seraient économisés à l'avenir, affirment-ils, en rappelant les grandes catastrophes naturelles qui ont frappé la Suisse ces dernières années, notamment à Blatten, à Bondo et dans le Vallemaggia.

Les investissements dans la transition énergétique réduiront en outre la dépendance de la Suisse vis-à-vis des pays – souvent autocratiques – producteurs de combustibles fossiles, défendent les partisans et partisans de l'initiative. L'invasion de l'Ukraine par la Russie, soulignent-ils, a mis en évidence la nécessité de renforcer la capacité d'approvisionnement énergétique nationale. En Suisse, environ 70% de l'énergie est produite à partir de sources fossiles importées, comme le pétrole et le gaz naturel.

Le fonds pour le climat permettrait également de créer des emplois du-

rables, selon le comité d'initiative. Dans le secteur des installations solaires, par exemple, il existe une pénurie de main-d'œuvre qualifiée.

4 Quels partis s'y opposent?

Le Conseil fédéral et la majorité du parlement recommandent de rejeter l'initiative du PS et des Verts. Le gouvernement estime que le fonds pour le climat n'est pas nécessaire pour atteindre les objectifs climatiques nationaux. Il rappelle que la Confédération et les cantons consacrent déjà environ deux milliards de francs par an au climat et à l'énergie, ainsi que 600 millions à la biodiversité.

Au parlement, les partis de droite et du centre ont rejeté l'initiative, la jugeant trop coûteuse et inefficace. Les dépenses destinées à alimenter le fonds pour le climat ne seraient pas soumises

au frein à l'endettement, ce qui entraînerait une augmentation incontrôlée des dépenses publiques, selon eux. La population en ferait les frais, avec un risque de hausse des impôts ou de la TVA.

Le camp du «non» critique également l'absence de critères concrets quant à l'utilisation du fonds. Pour les opposants et les opposants à l'initiative, la Suisse doit poursuivre sa politique climatique actuelle et continuer à miser sur un large éventail d'approches: des incitations à l'efficacité énergétique aux restrictions sur les énergies fossiles.

5 Quid du financement aujourd'hui?

Le principal instrument financier de la politique climatique nationale est la taxe sur le CO₂. Elle est perçue sur les combustibles fossiles (mazout, gaz naturel et autres) utilisés pour chauffer les bâtiments et produire de l'électricité. Elle s'élève à 120 francs par tonne et figure parmi les taxes sur le CO₂ les plus élevées au monde. Environ deux tiers des recettes sont redistribués à la population et aux entreprises. Le tiers restant sert à financer le Programme bâtiments, qui vise à réduire la consommation énergétique du parc immobilier. En 2024, celui-ci a versé 528 millions de francs.

La loi sur le climat et l'innovation, approuvée en votation populaire en 2023, prévoit un crédit supplémentaire de deux milliards de francs sur dix ans en faveur de la rénovation énergétique des maisons et des immeubles. Dans le domaine de l'énergie solaire, la Confédération subventionne la construction de grandes centrales photovoltaïques en montagne. Les cantons et certaines communes proposent également des incitations financières.

Aujourd'hui, la production photovoltaïque couvre environ 10% des besoins nationaux en électricité. La stratégie énergétique nationale prévoit de développer surtout l'énergie solaire, et dans une moindre mesure l'éolien, d'ici à 2050, notamment pour compenser la fermeture prévue des centrales nucléaires, qui fournissent aujourd'hui environ un quart de l'électricité. I

«Un moteur important par le passé»

Les initiant·es n'auront pas la tâche facile pour convaincre de la nécessité d'un fonds climat, à l'heure des restrictions budgétaires et de la montée des préoccupations sécuritaires. Lors de leur conférence de presse le 13 janvier, Vert·es et socialistes se sont entouré·es de soutiens de choix, comme le professeur de politique climatique à l'EPFZ, Anthony Patt ou encore l'ancien vice-président de la Banque nationale suisse (BNS) Jean-Pierre Danthine. A droite, les jeunes Verts libéraux et le parti évangélique défendent également l'initiative.

Un investissement entre 0,5% et 1% du PIB par an doit permettre d'atteindre des émissions neutres en 2050 et de financer des mesures de prévention des catastrophes, défendent les Vert·es et le PS. Au siècle passé, la Suisse a investi mas-

sivement dans des infrastructures qui façonnent le pays aujourd'hui, rappelle le comité d'initiative. «Dans les années 50 et 60, nous avons engagé environ 2% du PIB pour construire les barrages, aujourd'hui piliers de notre approvisionnement électrique. A la fin des années 80, les investissements de Rail 2000 ont été lancés avec 1 à 1,5% du PIB», illustre Lisa Mazzone, présidente de Vert·es.

Le Giec estime que 2% à 4% du PIB mondial doit être investi chaque année pour atteindre des émissions neutres en 2050. La Suisse, en tant que pays riche, a une responsabilité particulière. «Sans importants investissements, il n'est pas réaliste de penser que nous atteindrons notre but», affirme Anthony Patt, de l'EPFZ. Le fonds proposé par l'initiative est donc en deçà des besoins. Selon

le professeur, un engagement public est nécessaire, là où le privé hésite à prendre des risques. Les nouvelles technologies exigent souvent des financements initiaux élevés, même si elles permettent ensuite des économies. «Le soutien financier public pour les investissements verts ont été un moteur important par le passé et ce sera toujours le cas à l'avenir», relève-t-il.

Le fonds climat ne sera pas soumis au frein à l'endettement, ce qui fait bondir les opposant·es à l'initiative, qui craignent «une montagne de dettes». Ancien vice-président de la BNS, Jean-Pierre Danthine, qui se dit fervent défenseur de cet instrument, estime toutefois qu'il ne doit pas être appliqué de manière dogmatique: «Le frein à l'endettement vise à protéger les générations futures. Il a pour but d'assurer qu'on ne reporte

pas sur elles la charge financière résultant de dépenses décidées aujourd'hui. Le fonds climat a le même objectif de protection: il demande que nous accélérions nos investissements parce que ce sont les générations futures qui paieront le prix de notre inaction», observe-t-il. Selon lui, le niveau du taux d'intérêt aujourd'hui quasi nul pour la Confédération justifierait la création d'un fonds entièrement financé par l'emprunt.

Pour Loa Wild, vice-présidente des jeunes Verts libéraux, il est essentiel d'investir maintenant plutôt que d'être confrontés plus tard à des dégâts plus importants et de devoir mettre en place des mesures d'urgence. «La crise climatique ne peut être résolue que si l'économie et l'Etat travaillent main dans la main, défend-elle.

SOPHIE DUPONT

Un nouveau visage à la direction du CERN

Recherche fondamentale Le physicien britannique Mark Thomson tient désormais les rênes de l'institution, avec d'ambitieux projets en vue.

Cathy Macherel

Passage de témoin au sein de l'Organisation européenne pour la recherche nucléaire (CERN). Après les deux mandats de Fabiola Gianotti, un nouveau visage apparaît à la tête de l'institution. Mark Thomson, professeur de physique des particules expérimentale à l'Université de Cambridge, en prend la direction pour les cinq prochaines années.

Jusqu'à sa nomination, cet expert de la physique des particules présidait le Conseil britannique des installations scientifiques et technologiques. Il a également été très engagé sur le projet DUNE (Deep Underground Neutrino Experiment) aux États-Unis. Lors d'une rencontre organisée pour la presse vendredi, il nous a expliqué les enjeux majeurs de son mandat.

Une machine à booster

Mark Thomson arrive à la tête du CERN au moment où le LHC, le plus grand et le plus puissant accélérateur de particules au monde, celui qui avait permis la découverte du boson de Higgs, va s'arrêter de tourner.

Ce sera en juin. Mais cette mise à l'arrêt est tout sauf frustrante: elle va permettre d'engager des travaux monumentaux dans le but de booster la machine. D'ici à 2030, le LHC sera devenu un accélérateur à haute luminosité (HL-LHC), projet à 1,7 milliard de francs, et cela va changer beaucoup de choses.

«C'est le plus grand projet de construction entrepris par le CERN depuis près de vingt ans, il me rend totalement enthousiaste, relève Mark Thomson. Le HL-LHC, c'est une avancée majeure. Avec une technologie très innovante, nous remplaçons les parties les plus complexes de la machine. Elle sera ainsi dix fois plus «brillante», cela signifiera dix fois plus de données récoltées. On aura vraiment dans les mains une potentielle machine à découvertes. D'autant plus que l'intelligence artificielle va nous permettre d'être très performants dans l'analyse des données. C'est un énorme bond en avant.»

Que pourrions-nous découvrir? Tout l'intérêt de la recherche fondamentale, justement, c'est «de ne pas le savoir», relève le

scientifique. «Nous cherchons des choses qui ne cadrent pas avec notre compréhension actuelle de la physique des particules. Les possibilités de découvertes sont nombreuses. Cela pourrait être quelque chose de totalement nouveau, auquel nous n'avons même pas encore pensé. Le voyage de la découverte, c'est vraiment la mission du CERN.»

Créer de la matière noire

Des pistes tout de même, car ces avancées devraient permettre notamment d'en savoir plus sur le boson de Higgs, la particule élémentaire qui a permis d'expliquer pourquoi d'autres particules ont une masse, mais qui reste encore très mystérieuse. «C'est un type de particule complètement nouveau, sans équivalent en physique fondamentale.»

Possible aussi que la nouvelle machine éclaire les chercheurs sur la matière noire présente dans l'Univers. «Nous savons qu'elle existe, mais nous ne savons pas ce que c'est. Il est assez plausible que nous puissions la créer dans nos collisionneurs, en plus de la détecter dans l'Uni-



«Le voyage de la découverte, c'est vraiment la mission du CERN.»

Mark Thomson

Nouveau directeur du CERN

vers. Nous pourrions commencer à produire des particules de matière noire faiblement interactives, avec des interactions très rares.»

L'autre grand projet, c'est bien sûr le Futur collisionneur circulaire (FCC), le nouvel accélérateur de 91 km de circonférence prévu sous les pieds des Genevois et des habitants de France voisine. Le Conseil du CERN (les

États membres) se prononcera à partir de 2028 quant à sa réalisation. Un projet qui suscite de la curiosité et parfois des craintes dans la population locale.

Comment rassurer? «Il s'agit de dialoguer avec la région, comprendre les préoccupations, les atténuer et les intégrer à notre planification. Nous avons déjà construit le LHC: ce n'est pas aussi grand que le FCC, mais son impact régional a été maîtrisé.»

L'une des craintes, et des critiques, porte aussi sur la consommation d'énergie, mais là encore, le directeur du CERN se veut confiant: «Cette préoccupation a été intégrée dès la conception du projet. Certes, le futur anneau ferait 91 km, contre 27 km pour le LHC, mais la consommation d'énergie du FCC serait à peu près la même que celle du LHC, peut-être même un peu moindre, grâce à des technologies innovantes.»

Un objectif rassembleur

Pour la communauté scientifique, nul doute que le projet convainc, souligne le directeur du CERN: «Le FCC sera une usine à Higgs, or de nombreuses

grandes questions sont liées au boson de Higgs. Ce super accélérateur va nous permettre d'en étudier précisément les propriétés, avec des mesures très subtiles et précises. La communauté scientifique est donc assez unanime pour dire que le FCC représentera une fenêtre déterminante pour faire des découvertes majeures. Il s'agit maintenant de développer un argumentaire sur son utilité pour tous les publics, les scientifiques, les gouvernements, le grand public.»

Mais, globalement, ce n'est pas simple de vendre l'utilité de la recherche en physique des particules, alors que le monde a bien d'autres préoccupations... «Mon discours, c'est de dire que la science est rassembleuse», répond Mark Thomson. L'humanité se rassemble ici, au CERN et dans cette région, pour explorer la nature fondamentale de l'univers. C'est scientifiquement profond et culturellement précieux. C'est un objectif clair, non politique. Cela rassemble des pays aux visions politiques variées autour d'un but commun. Cela maintient le dialogue, même quand ailleurs, il est difficile.»